

Bemerkungen zur Initiative Schwarzenbach

Autor(en): **Poggiolini, Felix**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

den Wirtschaftens erarbeitet werden sollte. Nicht nationalistische Abschrankungen innerhalb der europäischen Gesellschaft, nicht wirtschaftliche Scheinblüte aufgrund arbeitskraftausbeuterischer Nutzung sozialen und politischen Notstandes in anderen europäischen Nationen vermögen an gerechten und menschenwürdigen Zuständen in der europäischen Menschenwelt mitzuarbeiten, sondern allein das Offensein für den andersartigen Mitmenschen, seine Anerkennung als ein Mitarbeiter an unserem gemeinsamen Wohlbefinden und seine Bewillkommung als ein Geburtshelfer zu einer weltweiten, verantwortungsbewussten Verbundenheit der Nationen, der wir unsere gepflegte nationale Eigenart gern mitgeben, bestimmt den Trend unserer Zeit. Stemmen wir uns diesem nicht falscherweise entgegen, sondern sorgen wir an unserem Teil dafür, dass die Ausweitung unseres Bewusstseins- und Verantwortungsstandes in friedlichem Austausch der Kräfte vor sich geht. Dann werden uns der Fremdarbeiter und sein Schicksal zu einem zukunftsächtigen Symbol unseres eigenen Weges in die Zukunft sein.

Willi Kobe

Bemerkungen zur Initiative Schwarzenbach

Von der gesamten Wirtschaft und von allen Kreisen, die auf humane Gesinnung halten, wird, zumeist aus verschiedenen Gründen, ein erbitterter Kampf gegen die Initiative Schwarzenbach geführt. Über diesen Kampf wird viel geschrieben und diskutiert; ebenso steht die Initiative selbst im Zentrum mancher erregter Debatten. Man mutmasst über mögliche Auswirkungen eines radikalen Abbaus an Ausländern und über die Chancen, mit denen Schwarzenbach wohl rechnen könne.

Alle diese Diskussionen, so recht und gut durchdacht sie sein mögen, lassen das Wesentliche ausser acht: die Motive nämlich, die einerseits das Zustandekommen der Initiative ermöglichten, und andererseits diejenigen, aus denen die Stellungnahme der Wirtschaft resultiert. Zweifellos appelliert die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» an Instinkte, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges nicht mehr angesprochen werden sollten. Unser Eindruck, den wir schon bei der blossen Lektüre der Überschrift der Initiative gewinnen, wird gestützt durch ein Informationsflugblatt, welches im «Zeitdienst» vom 10. April 1970 abgedruckt ist.

Wir lesen unter anderem, dass Schwarzenbach am 27. Juli 1940 in die «Basler Nachrichten» folgendes schrieb: «... es scheint heute die Mission der jugendlichen Revolutionsarmeen Hitlers und Mussolinis zu sein, das aufgelöste und zerfallene Europa in einer neuen und dauerhaften Ordnung zusammenzuschweissen. Ist diese Aufgabe dereinst erfüllt, so kann der Ring in der Kette der Revolutionen als geschlossen betrachtet werden: Europa tritt aus dem Zustand der Wandlung in den Zustand des Dauerhaften.»

Dieses Zitat spricht eine deutliche Sprache. Wem es nicht genügt, mag das ganze Flugblatt lesen. Die Initiative Schwarzenbach entspringt offenbar dem Gedanken- und Empfindungsgut der äussersten Rechten. Dies gilt auch dann, wenn der Initiator heute in Vorträgen und Diskussionen seine Auffassung mit sachlich anmutenden Argumenten verteidigt. Er bedient sich eben der Mittel, die helfen, heute also der Statistiken.

Die Wirtschaft bekämpft die Initiative nicht wegen der soeben geschilderten Motive, sondern wegen der Folgen, die eine starke Reduktion der Gastarbeiter für sie zeitigen würde. Sie will produzieren, solange Nachfrage besteht; bei steigenden Absatzmöglichkeiten sucht sie, das Angebot zu steigern. Dabei befinden wir uns ja seit langem in einer Phase, die dadurch gekennzeichnet ist, dass neue Bedürfnisse künstlich geschaffen werden. Der Mensch, der diese Bedürfnisse befriedigt, wird der jungen Generation als Leitbild vor Augen gehalten.

Auch wenn wir uns gegen Schwarzenbach ausgesprochen haben, ihn aber nicht mit den Argumenten der Wirtschaft bekämpfen, bedeutet das nicht, dass man den Dingen ihren Lauf lassen soll. Ganz andere Überlegungen lassen es als geboten erscheinen, die Zahl der ausländischen Arbeiter zu beschränken. An erster Stelle fällt hier sicher die Belastung unserer Infrastruktur ins Gewicht.

Richtlinie für ein Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Entwicklungen hat allein das Wohl der Allgemeinheit zu sein. Hier ist zu sagen, dass eine rücksichtslose Steigerung der Produktion und eine — durch unsere Gastarbeiter verursachte — Belastung der Infrastruktur sich für die ganze Bevölkerung negativ auswirken können. Nur in diesem Sinne ist eine Beschränkung der ausländischen Arbeitskräfte sinnvoll, die auch von der Regierung, unabhängig von Schwarzenbach, angestrebt wird.

Felix Poggiolini, stud. phil. I

Mitbestimmung

Ich bin der festen Überzeugung, dass das Fremdarbeiterproblem nie das heutige Ausmass angenommen hätte, wenn es in unserer Industrie eine wirk-same Mitbestimmung der Arbeiter geben würde, eine Mitbestimmung also, die sich auch auf Produktion und Planung erstrecken würde. Die Arbeiterschaft hätte bestimmt die Expansion nicht so unbesehen und ohne Rücksicht auf die Probleme der Infrastruktur und der Mitmenschlichkeit überhaupt vorantreiben helfen, wie es mittels des während vieler Jahre hemmungslos betriebenen Zuzugs von Fremdarbeitern geschehen ist. Die Arbeiterschaft hätte diese Entwicklung im eigenen Interesse mindestens gedrosselt.

Aber eben: Demokratie und Mitbestimmung kennen wir nur im politischen, nicht aber im ökonomischen Bereich. Jetzt haben wir die Folgen dieser Beschränkung der Demokratie zu tragen.